

Zeitschrift: Schweizer Hotel-Revue = Revue suisse des hotels
Herausgeber: Schweizer Hotelier-Verein
Band: 9 (1900)
Heft: 47

Vereinsnachrichten: Mitglieder-Aufnahmen = Admissions

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erscheint
Samstags

Abonnement:

Für die Schweiz

3 Monate Fr. 2.—

6 Monate „ 3.—

12 Monate „ 5.—

Für das Ausland:

3 Monate Fr. 3.—

6 Monate „ 4.50

12 Monate „ 7.50

Vereins-Mitglieder erhalten das Blatt gratis.

Inserate:

7 Cts. per 1spaltige Millimeterzeile oder deren Raum. Bei Wiederholungen entsprechend Rabatt. Vereins-Mitglieder bezahlen 3 1/2 Cts. netto per Millimeterzeile oder deren Raum.



Organ und Eigentum des

Schweizer Hotelier-Vereins

9. Jahrgang | 9^{me} Année

Organe et Propriété de la

Société Suisse des Hôteliers

Paraissant
le Samedi

Abonnements:

Pour la Suisse:

3 mois Fr. 2.—

6 mois „ 3.—

12 mois „ 5.—

Pour l'étranger:

3 mois Fr. 3.—

6 mois „ 4.50

12 mois „ 7.50

Les Sociétaires reçoivent l'organe gratuitement.

Annonces:

7 Cts. par millimètre-ligne ou son espace. Rabais en cas de répétition de la même annonce.

Les Sociétaires payent 3 1/2 Cts. net par millimètre-ligne ou son espace.

Redaktion und Expedition: Sternengasse No. 21, Basel * TÉLÉPHONE 2406 * Rédaction et Administration: Sternengasse No. 21, Bâle.

Mitglieder-Aufnahmen.

Admissions.

Herr August Schoop, Hotel Bodan, Zürich 40

Zum eidg. Lebensmittelgesetz.

Wie schon früher mitgeteilt, wurden an der vom Schweizerischen Wirtverein veranstalteten Delegiertenversammlung betreffend ein eidgenössisches Lebensmittelgesetz die verschiedenen Interessentenkreise, worunter auch der Schweizer Hotelier-Verein, eingeladen, ihre Ansichten und Wünsche in einer Eingabe an die hierfür bestimmte Kommission zu äussern, zwecks Abfassung einer Gesetzentwurf an den Bundesrat und worin die beförderliche Wiederanbahnung der Beratungen über das betreffende Gesetz verlangt werden soll.

Die Eingabe des Schweizer Hotelier-Vereins ist unterm 14. ds. an die betreffende Kommission abgegeben und lassen wir deren Wortlaut in Nachstehendem folgen.

Bei dieser Gelegenheit bringen wir auch die hauptsächlichsten Artikel des ständertlichen Gesetzesentwurfes den Tit. Mitgliedern zur Kenntnis, mit der Bitte, denselben ihre Aufmerksamkeit schenken und allfällige weitere Bedenken und Wünsche im Vereinsorgan, oder auch als blosse Mitteilungen zu Händen des Vorstandes zum Ausdruck bringen zu wollen, nötigenfalls damit im gegebenen Momente weitere Schritte gethan werden können.

Die Eingabe lautet:

Die Mitglieder des Schweizer Hotelier-Vereins, als die grössten Konsumenten von Lebensmitteln und Getränken aller Art, wünschen sehr, dass ein eidgenössisches Lebensmittelgesetz zu stande käme, jedoch unter der Bedingung, dass durch eine allseitige Verbesserung ein wirklicher Fortschritt erzielt würde.

Dasselbe müsste vor allem auf kommerzielle, den heutigen Bedürfnissen und Verkehrsverhältnissen entsprechenden Prinzipien aufgebaut werden.

Unter allen Umständen soll durch ein solches Gesetz die Einfuhr von fremden, realen Waren nicht erschwert und kein agrarischer Schutz Zoll geschaffen werden.

Unsere Ansicht geht daher dahin, es sei die Bundesversammlung einzuladen, die Beratung des Lebensmittelgesetzes auf der Basis des ständertlichen Entwurfes beförderlichst wieder aufzunehmen.

Zu den einzelnen Artikeln des Gesetzesentwurfes übergehend, legen wir grossen Wert darauf, dass nachstehende Bemerkungen in der Gesamtheit Berücksichtigung finden:

Zu Art. 2 b und Art. 15 bis und 18. Die Untersuchung an der Grenze soll nur stattfinden für Schlachtvieh, Fleisch und Fleischwaren in den Zollstätten, Lagerhäusern etc. durch die Grenzzerzerte.

Eine richtige Grenzuntersuchung anderer Artikel muss erschwerend und schädigend für den Verkehr, resp. für den Bezug ausländischer Lebensmittel wirken und bietet dieselbe auch keine Sicherheit, dass die Waren, z. B. Wein, nicht nachträglich im Innern des Landes gefälscht werden. Das einzig richtige ist die Untersuchung im Magazin oder Verkaufslokal, wo dann die eingeführten Waren, so gut wie die im Inland produzierten, beständig der Eventualität einer Kontrolle ausgesetzt sind.

Überhaupt ist die Grenzkontrolle so zu organisieren, dass Handel und Verkehr durch sie keine Hemmung erfahren und dass nicht auf dem Umwege und unter dem Deckmantel der Lebensmittelpolizei auf Kosten des kon-

sumierenden Publikums ein Protektionssystem in handelspolitischem Sinne ins Leben gerufen wird.

„Kein anderes Land besitzt eine Grenzkontrolle, wie sie im Gesetzesentwurf vorgesehen, nur unsere Agrarier legen Wert darauf, da sie die Einfuhr gewisser Artikel möglichst zu erschweren und zu verhindern trachten.“

„Die Schweizerische Hotelindustrie muss einen sehr grossen Teil ihrer Konsumartikel vom Auslande beziehen, darunter Artikel, die durch unsorgfältige Grenzuntersuchung, durch die unvermeidliche Verpackung und Versäuerung der Lieferungen sehr an Wert vermindert, wenn nicht gar verdorben werden, es ist daher mit aller Macht dahin zu wirken, dass das Verlangen, alle Artikel an der Grenze einer Untersuchung zu unterstellen, fallen gelassen werde, eventuell sich nur auf einige, genau bestimmte Artikel beschränkt bleibe.“

„Fische, Wildpret und Geflügel sind von der Grenzkontrolle auszuschliessen. Eine diesbezügliche Bestimmung ist in das Gesetz aufzunehmen und nicht den Vollziehungsverordnungen zuzuwenden.“

„In allen Fällen muss eine Entschädigungspflicht für Missgriffe bei Untersuchungen an der Grenze, wie im Innern, vorgesehen werden. „Waren, die sich ohne weiteres als gefälscht oder gesundheitsschädlich erkennen lassen, sind vor Vornahme einer Verurteilung zurückzuführen.“

Zu Art. 9 b al. 3. Anstatt: „Auf Verlangen ist dem Besitzer...“ soll es heissen: „Dem Besitzer ist eine amtlich verschlossene Probe zurückzulassen“ etc.

Zu Art. 13 al. 2. Anstatt: „So kann eine Obexpertise angeordnet werden...“ soll es heissen: „...so wird eine Obexpertise angeordnet...“, wobei dem Beklagten das Recht zusteht, sich durch einen Fachmann vertreten zu lassen.

„Es rechtfertigt sich dieses Verlangen den vielen und harten Strafen gegenüber und bietet dasselbe Gewähr gegen ungerechte Verurteilung.“

Zu Art. 20. Die vom Bundesrat aufzustellenden Verordnungen und Vorschriften sind einer Fachexperten-Kommission zur Prüfung und Begutachtung zu unterbreiten.

Zu Art. 22—32. Mit Rücksicht auf die schweren Strafbestimmungen soll über das unbedingte Rekursrecht der Beteiligten an eine technische Oberrinstanz kein Zweifel bestehen.

„Im Uebrigen halten wir unsere Petition an die Bundesversammlung, vom Juli 1899, aufrecht und unterstützen energisch diejenige der Comestibles-Händler in Zürich v. 31. Mai 1899.“

Auszug aus dem

Entwurf des Bundesgesetzes

betreffend

den Verkehr mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen.

(Nach den Beschlüssen d. Ständerates v. 27. Juni 1899.)

Art. 1. Der Beaufsichtigung nach Massgabe der folgenden Bestimmungen unterliegen:

a) der Verkehr mit Nahrungs- und Genussmitteln;

b) der Verkehr mit andern Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen, soweit solche das Leben oder die Gesundheit gefährden können.

Art. 2. Die Beaufsichtigung liegt ob:

a) in den Kantonen unter Leitung der Regierung:

1. der kantonalen Sanitätsbehörde;

2. dem Kantonschemiker;

3. den kantonalen Lebensmittelinspektoren;

4. den örtlichen Gesundheitsbehörden;

5. den Fleischbeschauern;

b) an der Landesgrenze:

1. den Zollämtern;

2. den Grenzzerzerten.

Dem Bundesrat steht die Oberaufsicht zu.

Art. 3. Jeder Kanton hat als Centralstelle für die chemische, physikalische oder bakteriologische Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, Trink- und Brauchwasser, Gebrauchs- und Verbrauchsgegenständen eine Untersuchungsanstalt (kantonales Laboratorium) einzurichten und zu unter-

halten. Die Leitung dieser Anstalt ist einem diplomierten Lebensmittelchemiker (Kantonschemiker) zu übertragen.

Art. 4. Die Untersuchung der von den Aufsichtsorganen auf Grund dieses Gesetzes amtlich übermittelten Proben wird durch die Untersuchungsanstalten unentgeltlich besorgt, unter Vorbehalt der Bestimmungen der Art. 13, Absatz 4 und 29.

Art. 9. Die kantonalen Aufsichtsorgane haben bei Ausführung der ihnen durch dieses Gesetz übertragenen Aufsicht die Eigenschaft von Beamten der gerichtlichen Polizei.

Sie sind berechtigt, in die Räumlichkeiten, wo zum Verkauf bestimmte Gegenstände der in Art. 1 bezeichneten Art gewonnen, hergestellt, aufbewahrt oder feilgehalten werden, während der üblichen Geschäftsstunden oder während der Räumlichkeiten dem Verkehr geöffnet sind, einzutreten und daselbst zum Zwecke der Handhabung dieses Gesetzes Nachschau zu halten.

Sie haben die Befugnis zur Kontrolle des Zustandes dieser Räumlichkeiten und der darin befindlichen Apparate, Vorrichtungen und Gefässe, welche zur Herstellung, Behandlung und Aufbewahrung von in Art. 1 genannten Gegenständen dienen.

Art. 9b. Die kantonalen Aufsichtsorgane sind befugt, von den in Art. 1 genannten Gegenständen, welche sich in den angegebenen Räumlichkeiten befinden oder welche an öffentlichen Orten oder im Umherziehen verkauft oder feilgehalten werden, oder von den Substanzen, welche zur Herstellung dieser Gegenstände bestimmt sind, nach einer Vorprüfung oder auch ohne eine solche, Proben zum Zwecke der Untersuchung zu entnehmen.

Das Nähere über die Art der Probenfassung, das Quantum der zu entnehmenden Proben, die Verpackung, den amtlichen Verschluss, die Bezeichnung und die Versendung derselben wird durch ein Reglement bestimmt.

Auf Verlangen ist dem Besitzer eine amtlich verschlossene Probe zurückzulassen und für die mitgenommenen Proben eine Empfangsbescheinigung auszustellen.

Wenn es sich herausstellt, dass die betreffende Ware nicht zu beanstanden ist, so kann der Eigentümer Vergütung des Wertes der Proben beanspruchen.

Art. 10. Die zu untersuchenden Proben werden samt einem schriftlichen Bericht in der Regel der kantonalen oder städtischen Untersuchungsanstalt übermittle, welche der auftraggebenden Amtsstelle sobald als möglich von dem Untersuchungsergebnisse Kenntnis gibt.

Eine Verordnung wird die technischen Befugnisse der Lebensmittelinspektoren und der Orts-Experten festsetzen und bestimmen, welche Untersuchungen direkt von diesen Organen unter Vorbehalt des Rekurses erledigt werden können.

Art. 11. Gibt die Untersuchung Anlass zur Beanstandung von Gegenständen, so hat das Aufsichtsorgan, welches die Untersuchung veranlasst hat, unter Beilage des Untersuchungsberichtes, der zuständigen Behörde unverzüglich schriftliche Anzeige zu erstatten.

Art. 11a. Die zuständige Behörde kann auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung gesundheitsschädliche, augenscheinlich verdorbene oder gefälschte Nahrungs- und Genussmittel und gesundheitsschädliche Gebrauchsgegenstände einziehen, unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung des oder der Schuldigen.

Art. 12. Die beanstandeten Gegenstände sind von den Aufsichtsbeamten, wenn die Umstände es erfordern, mit Beschlag zu legen.

Die Beschlagnahme ist sofort anzuordnen, wenn die betreffenden Gegenstände gesundheitsschädlich, augenscheinlich verdorben oder gefälscht sind.

Ueber die Beschlagnahme ist eine Urkunde aufzusetzen.

Die beschlaggenommenen Gegenstände können in amtliche Verwahrung genommen werden.

Wenn die Natur der mit Beschlag belegten Gegenstände eine Aufbewahrung nicht zulässt, so sind dieselben in geeigneter Weise zu verpacken oder anderweitig zu verpacken.

Die Kantone haften für den aus einer ungerechtfertigten Beschlagnahme entstehenden Schaden.

Art. 13. Wenn das Resultat einer durch einen Lebensmittelinspektor oder einen Orts-Experten vorgenommenen Untersuchung bei der Behörde Zweifel erregt oder auf dem Rekurswege angefochten wird (Art. 10, Abs. 2), so erfolgt eine zweite Untersuchung durch die kantonale (oder städtische) Untersuchungsanstalt.

Wenn das Gutachten eines Kantonschemikers oder eines städtischen Chemikers bei der Behörde erregt oder auf dem Rekurswege angefochten wird, so kann eine Obexpertise angeordnet werden, mit deren Vornahme diplomierter Lebensmittelchemiker oder sonstige anerkannte Fachleute zu betrauen sind.

Bei Rekursen gegen den Befund eines Fleischbeschauers bezeichnet die kantonale Behörde den oder die Obexperten; ebenso bei Rekursen gegen Befunde oder Gutachten, welche Räumlichkeiten, Apparate oder Gerätschaften betreffen.

Die Kosten der Obexperten können dem Beschwerdeführer auferlegt werden, wenn der Entscheidung zu seinen Ungunsten ausfällt.

Art. 15. Die in Art. 2, litt. b, angeführten eidgenössischen Aufsichtsorgane kontrollieren auf den schweizerischen Zollstellen und in den schweizerischen Niederlagshäusern nach Massgabe der zu erlassenden speziellen Vorschriften, die aus dem Ausland eingehenden Waren der in Art. 1 genannten Art, mit Ausnahme der transitierenden Sendungen.

Art. 16. Die Zollämter sind verpflichtet, von den in Art. 15 genannten Waren, welche vorläufig erscheinen, Proben zum Zwecke der Untersuchung zu erheben.

Sie haben auf Ansuchen eidgenössischer oder kantonalen Gesundheitsbehörden Proben zu erheben und dieselben der ersuchenden Amtsstelle zuzusenden.

Die Entnahme der Probe ist auf dem Frachtbrief anzumerken.

Eine Verordnung wird das Nähere über das bei der Kontrolle der Waren und bei der Entnahme und Verpackung der Proben zu beobachtende Verfahren feststellen.

Art. 16a. Beschädigungen der Waren sind zu verhüten, und der Weittransport derselben soll in der Regel nicht verzögert werden.

Art. 17. Die Zollämter übermitteln die Proben, welche sie von sich selbst erhoben haben, unter Angabe des Verachtgrundes, der Art und der Grösse der Sendung, des Bestimmungsortes und der Adresse des Empfängers, der Untersuchungsanstalt des Kantons, in welchem der Bestimmungsort liegt, oder, wenn der Bestimmungsort eine eigene Untersuchungsanstalt (städtisches Laboratorium) besitzt, dieser letzteren.

Die Untersuchungsanstalt hat die Untersuchung der übermittelten Proben unverzüglich und, mit Ausnahme der im Art. 29 vorgesehenen Fälle, unentgeltlich vorzunehmen und das Resultat, unter Beilage des von dem Zollamt erhaltenen Berichtes der Gesundheitsbehörde des Bestimmungsortes der Warenendung mitzuteilen. Die Gesundheitsbehörde verständigt ihrerseits den Empfänger von dem Untersuchungsergebnisse und teilt ihm den Fällen, wo die Untersuchung eine vorschriftswidrige Beschaffenheit der Ware ergeben hat, bei der zuständigen Behörde (Art. 11) und trifft ferner die in Art. 12 vorgesehenen Massnahmen.

Art. 18. Die Zollämter sind verpflichtet, von den Untersuchungen, die sie zum Behufe der Warenklassifikation vornehmen, der Untersuchungsanstalt des Kantons, in welcher der Bestimmungsort der betreffenden Warenendung liegt, oder wenn der Bestimmungsort eine eigene Untersuchungsanstalt besitzt, dieser letzteren, Kenntnis zu geben, insofern diese Untersuchungen für die Kontrolle der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände von Wert sind. Wenn immer möglich, soll der Untersuchungsanstalt gleichzeitig eine Probe der betreffenden Ware übermitteln werden.

Art. 19. Fleisch und Fleischwaren, welche vom Auslande her in die Schweiz eingeführt werden, sind auf den schweizerischen Zollstellen und in den schweizerischen Niederlagshäusern durch die Grenzzerzerte zu untersuchen.

Eine Verordnung bestimmt das bei diesen Untersuchungen zu beobachtende Verfahren.

Art. 19a. Der Bund wird die nötigen Instruktionsskizzen für die in Art. 2, litt. b, erwähnten eidgenössischen Aufsichtsorgane veranlassen.

Art. 20. Der Bundesrat wird die in Art. 8a, 9, 10, 16, 19 vorgesehenen Verordnungen erlassen. Er stellt einheitliche Bestimmungen auf betreffend die Grundsätze in der Prüfung und in der Beurteilung der Untersuchungsgegenstände, die anzuwendenden Untersuchungsmethoden und betreffend die Gebührentarife für die Lebensmittelkontrolle.

Art. 21. Der Bundesrat ist ermächtigt, zum Schutze der Gesundheit und zur Verhütung von Täuschung im Lebensmittelverkehr Vorschriften zu erlassen, welche betreffen:

1. die Einfuhr, die Art der Gewinnung, Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung und Bezeichnung von Lebensmitteln, welche zum Verkaufe bestimmt sind;
2. die Einfuhr, Herstellung, Aufbewahrung, Verpackung und Kennzeichnung von Lebensmittel-surrogaten;
3. die Verwendung von Farbstoffen bei der Herstellung von zum Verkaufe bestimmten Nahrungs- und Genussmitteln;
4. die öffentliche Ankündigung, das Feilhalten und Verkaufen von Lebensmitteln und Lebensmittel-surrogaten;
5. das Schlachten, die Schlachtkläre, die Fleischbeschau und den Verkehr mit Fleisch und Fleischwaren;
6. die Einfuhr, Herstellung, Aufbewahrung, öffentliche Ankündigung, das Feilhalten und den Verkauf von Gegenständen, welche zur Fälschung von Lebensmitteln bestimmt sind oder bestimmt sein können;
7. die Verwendung gewisser Stoffe und Farben zur Herstellung von Bekleidungsgegenständen,